

halte. Der Entwurf einer solchen Verfassung würde die Arbeit der National-Versammlung wieder aufnehmen und nur in dieselbe durch eine Verknüpfung unglücklicher Umstände eingebrungenen zerstörenden Elemente beseitigen; sie wird also jedenfalls auf der Errichtung einer kräftigen und einheitlichen Exekutivgewalt und einer Nationalvertretung im Staatenhaus und Volkshaus mit legislativen Rechten basirt sein müssen.

Indem wir diese Grundzüge festhalten, können wir das Einzelne der weiteren Verathung überlassen, und zweifeln nicht, daß aus dem einmüthigen Streben nach dem großen Ziel und der allseitigen Erkenntniß dessen, was der Nation noth thut, ein Werk hervorgehen werde, welchem auch die alsdann in kürzester Frist zur Revision dieser Verfassung zusammen zu berufenden beiden Häuser eines deutschen Reichstags ihre Anerkennung und Zustimmung nicht versagen werden.

Wir müssen daher den deutschen Regierungen den dringenden Wunsch ausdrücken, daß sie uns durch die Sendung von Bevollmächtigten oder durch Ertheilung von Instructionen bald in den Stand setzen mögen, eine weitere eingehende Verhandlung eröffnen zu können.

Berlin, 28. April 1849.

Der Minister-Präsident
Graf v. Brandenburg.

Bekanntmachung.

Der von dem hiesigen Gemeinderathe in seiner gestrigen außerordentlich gehaltenen Sitzung aus angeblicher Veranlassung der bedenklichen politischen Lage des deutschen Vaterlandes gefaßte Beschluß, eine allgemeine Verathung aller Gemeinden der Rheinprovinz zu veranlassen und die in den heutigen öffentlichen Blättern bereits unter Ihrem und der Beigeordneten und Gemeindevorordneten Namen bekannt gemachte Einladung an die Gemeinderäthe der Rheinprovinz die auf den 5. d. Mts. im großen Rathhause dahier anberaumte Versammlung durch Abgeordnete aus ihrer Mitte zu beschicken, muß uns, wenngleich es nicht für gut befunden worden ist, uns von jenem Beschlusse des Gemeinderathes in Kenntniß zu setzen, bestimmen, darauf aufmerksam zu machen, daß nach der bestehenden Verfassung die Vertretung der Rheinprovinz in ihren verschiedenen Interessen weder dem hiesigen Gemeinderathe allein noch auch demselben in Gemeinschaft mit Abgeordneten der übrigen Gemeinderäthe der Provinz zusteht, daß sich die Befugnisse der Gemeinderäthe nach § 61 der Gemeinde-Ordnung für die Rheinprovinz vom 23. Juli 1845 vielmehr auf die Fassung verbindender Beschlüsse in ihren eigenen Gemeinde-Angelegenheiten beschränkt. — Auch daß durch die Verfassungs-Urkunde vom 5. Dec. v. J. gewährleistete Recht, sich ohne vorgängige obrigkeitliche Erlaubniß friedlich in geschlossenen Räumen zu versammeln, verleiht den bestehenden Behörden kein Recht über die gesetzlichen Schranken ihrer Befugnisse hinaus die Verathung und Beschlußnahme über Angelegenheiten außerhalb ihres Geschäftskreises an sich zu ziehen. — Wenn sodann auch nach § 30 der Verfassungsurkunde Petitionen unter einem Gesamtnamen Behörden und Corporationen gestattet sind, so kann doch zu diesen Behörden die von dem hiesigen Gemeinderathe eigenmächtigerweise berufene Versammlung von Abgeordneten aller Gemeinderäthe der Rheinprovinz unmöglich gerechnet werden.

Wir untersagen deshalb hierdurch die Ausführung des von dem hiesigen Gemeinderath unbefugterweise gefaßten Beschlusses eine allgemeine Verathung aller Gemeinden der Rheinprovinz zu veranlassen. Die bereits erfolgten Einladungen zu der auf den 5. d. M. anberaumten Versammlung sind sofort zurückzunehmen.

Köln, den 1. Mai 1849.

Königl. Regierung, Abtheilung des Innern.

(gez.) Birk.

An den commissarischen Ober-Bürgermeister, Herrn Appellations-Gerichtsrath Gräff hier.

Abschrift vorstehenden, heute an das hiesige Ober-Bürgermeister-Amt gerichteten Erlasses, bringen wir hierdurch zur öffentlichen Kenntniß.

Köln, den 1. Mai 1849.

Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.

(gez.) Birk.

Deutschland.

Berlin, 29. April. Herr v. Radowitz hat bei den Schwarz-Weissen in Potsdam keineswegs einen angenehmen Eindruck gemacht. Zunächst hat er sich bei Weitem mehr Deutsch gestimmt gezeigt, als man ihn dort zu sehen wünschte und zweitens hat er sich halb und halb als Sozialist erwiesen. Er hat gesagt, der Sozialismus sei als eine fruchtbare Zeitidee anzuerkennen, und eine vorschauende Regierung müsse, nach seinem Ausdruck, „da anknüpfen, wo das Kapital aufhöre,“ und in Folge dieser Ansicht hat er eine Menge von Einrichtungen als nothwendig bezeichnet, welche eine radikale Umwälzung der socialen Verhältnisse des Volkes herbeiführen würden. Hiernach ist es nicht sehr wahrscheinlich, daß Herr von Radowitz bald preußischer Minister wird.

Berlin, 29. April. Als Jakobi am 26. d. in seiner Rede von der Ministerialconferenz im Schlosse Bellevue Anfangs Septbr. erzählte, in der die nothwendige Auflösung der Nationalversammlung besprochen wurde und der König in die Worte ausbrach: „Wie Friedrich Barbarossa liege ich zu Ihren Füßen und flehe sie an, retten Sie die Monarchie!“ entstand in der zweiten Kammer eine tiefe Sensation. Vincke eilte sogleich zu Auerwald und wollte ihn bewegen, den Worten Jakobi's zu widersprechen. Dieser verweigerte das aber, weil er sehr wohl wußte, daß Jakobi die gewichtigsten Beweise in seinen Händen hat.

J. f. N.

Berlin, 1. Mai. Auch am gestrigen Abend waren wiederum einige mehr oder minder schwere Verwundungen zu beklagen; Todte hat es gestern glücklicherweise nicht gegeben. Der Schauplatz des Grauals war diesmal nicht der Dönhofsplatz, sondern die Frankfurter Linden und die Wasmannstraße. Unter den Frankfurter Linden versammelte sich ein kleiner Zug mit einer rothen Fahne an der Spitze; zwei Individuen wurden mit Schießgewehren erblickt. Als Constabler und ein Biquet Infanterie den Zug auseinandergetrieben hatten, versuchte man in der Wasmannstraße drei Barrikaden zu errichten, die jedoch von einer Abtheilung Infanterie mit gefülltem Bajonett genommen wurden. Auch einige Schüsse sind wiederum gefallen. Gegen 10 1/2 Uhr war die Ruhe in jener Gegend vollkommen hergestellt. Auf dem Dönhofsplatz war es vollkommen ruhig.

Frankfurt, 30. April. Die National-Versammlung hat in ihrer heutigen Sitzung beschlossen:

- a) Das Präsidium ist ermächtigt, außerordentliche Sitzungen zu jeder Zeit und an jedem Orte zu berufen;
- b) auf Verlangen von 100 Mitgliedern muß eine außerordentliche Sitzung anberaumt werden;
- c) die Versammlung ist beschlußfähig bei Anwesenheit von 150 Mitgliedern;
- d) die Versammlung spricht ihre Mißbilligung der in Berlin und Hannover stattgefundenen Auflösung der Kammern aus;
- e) die Regierungen von Preußen und Hannover sind aufzufordern, schleunigst neue Wahlen zu veranlassen;
- f) die Versammlung spricht die Erwartung aus, daß die noch übrigen gesetzlichen Organe der Volksgefinnung in Preußen und Hannover den Willen des Volkes in der deutschen Verfassungsfrage offen, muthig und schleunigst kundgeben werden.

Frankfurt, 30. April. Es herrscht eine Bewegung unter unserer militärischen Besatzung, die auf größere Besorgniß deutet, als der Anschein rechtfertigt. Seit gestern Abend ist eine ganze Compagnie befehligt, bis auf Weiteres mit Anbruch der Dunkelheit den Hofmarkt zu besetzen, an derselben Stelle, wo am Tage ein kleines Reiter-Biket steht. Den speziellen Grund dieser sehr in die Augen springenden Vorichts-Maßregel habe ich nicht ermitteln können. Ebenfalls in den letzten Tagen sind übrigens die in der Umgegend kantonirenden Truppen durchgehend umquartiert.

Düsseldorf, 29. April. Fürst Windischgrätz, welcher am 25. d. M. Prag passirte, traf gestern Nachmittag mit dem Mindener Bahnzuge hier ein, stieg, ohne gekannt zu sein, im Hotel Bücking ab. — Ein Herr (sein Sohn) begleitet ihn. Die schweren Koffer, die der Fürst mit sich führte, waren mit N. N. signirt. Um 12 Uhr Nachts setzte Windischgrätz seine Reise pr. Dampfboot nach Holland fort.

Als Einzelheiten führe ich noch an, daß der Fürst in einem grauen Rock schlicht gekleidet war. Nach aufgehobener Tafel besuchte er einige Partien unserer Stadt und begehrte, daß der Gasthofsbefitzer ihn begleiten möchte, dabei bemerkend, daß er früher schon einmal in Düsseldorf gewesen. Erst nach der Abreise erfuhr man, wer der hohe Reisende war.

Reife, 28. April. So eben trifft der Befehl zum Abmarsch von 2 Kompagnien des 23. Infanterie-Regiments und einer reitenden Batterie hier ein. Die zwei Kompagnien, die diesen schleunigen Befehl auf dem Exercierplatz erhielten, marschiren bereits jetzt, Nachmittags 2 Uhr, hier aus, und sind vorläufig nach Oberberg bestimmt. Die reitende Batterie geht morgen frühzeitig ab, wird in Myslowitz stationirt. Gleichzeitig sind von der 12. Division 1 Schwadron vom 2. Ulanen- und 2 Schwadronen vom 6. Husaren-Regiment, die aus Ober-Slogau und Leobschütz, ebenfalls zur Besetzung der Grenze auf dem Marsch. Auch die übrigen Schwadronen vom 2. Ulanen-Regiment haben Befehl erhalten sich zum Abmarsche bereit zu halten. Das ganze Observations-Korps wird eine Stärke von circa 9000 Mann haben, und hat der General-Major v. Winning das Kommando über selbige erhalten.

Braunschweig. Hier ist allgemein im Lande eine erbitterte Aufregung gegen die letzten Schritte des preußischen Cabinets ausgebrochen. Der Volksverein in Braunschweig hat eine Versammlung gehalten mit der Tagesordnung: die Ausföhrung der preuß. Regierung gegen die Souveränität der National-Versammlung. Beschlossen wurde